

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 724

Mittwoch, 3. März 2021

28. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Zwischen Protest und Angst: Zur Situation der Frauen in Guatemala.....	1
Mord an einer Mutter der Opfer des Kinderheim-Brandes am 8. März 2017.....	2
Tamaulipas: Mexiko bietet an, die Überführung der guatemaltekischen Opfer zu zahlen.....	3
Impfung mit Sputnik V ab März ... und im April Hoffnung auf BionTech-Impfstoff.....	3
Nebaj: Gedenken an die Opfer des Krieges in der Region Ixil.....	4

Zwischen Protest und Angst: Zur Situation der Frauen in Guatemala

"Es ist die Zeit der Angst. / Angst der Frau vor der Gewalt des Mannes und Angst des Mannes vor der Frau ohne Angst". (Eduardo Galeano)

Dieses Jahr haben die Frauen und Mädchen in Guatemala nicht bis zum 8. März gewartet, um auf die Strasse zu gehen und gegen geschlechtsspezifische Gewalt zu demonstrieren. Bereits am 13. Februar fanden in verschiedenen Städten des Landes Demonstrationen statt, denn seit Anfang 2021 füllen wieder einmal Nachrichten über äusserst brutale Morde an Frauen sowie die Entführung, Vergewaltigung und Ermordung von Mädchen die Schlagzeilen. Das ist leider nichts Neues, Zahlen über Feminizide werden in Guatemala seit Ende der 1990er Jahre erfasst und sie nehmen ständig zu. "Man darf nicht den Fehler machen, die Frauenmorde isoliert zu betrachten, sondern muss in eine Analyse auch andere Verbrechen gegen Frauen miteinbeziehen", sagt Karla Campos von der Menschenrechtsorganisation Grupo de Apoyo Mutuo (GAM), die unter anderem spezialisiert ist auf das Erstellen und Analysieren von Statistiken zu Gewaltverbrechen in Guatemala. "Und man kann sie nicht von der politischen Konjunktur trennen" ergänzt Marco Antonio Garavito, Psychologe und Direktor der Liga Guatemalteca de Higiene Mental. Im Folgenden ein Versuch, diese Morde in seinem gesellschaftlichen und politischen Kontext zu lesen und zu verstehen. Von Barbara Müller (¡Fijáte! e.V.)

Am 17. Januar wurde die 3-jährige Hillary Araí Arredondo de León entführt, während sie schlief - einen Tag später wurde sie vergewaltigt und tot aufgefunden. Am 9. Februar wurde die 8-jährige Sharon Jasmine Figueroa Arriaza beim Spielen mit ihrem Fahrrad entführt - ihr strangulierter Körper wurde am Tag darauf gefunden. Die 25-jährige Luz María del Rocío López Morales wurde am 22. Januar in einem Entwässerungskanal ermordet aufgefunden. Am selben Tag fand man in einem Auto den toten Körper von Nora Lemus Martínez sowie in einem Sack am Ufer eines Flusses eine weitere, bisher nicht identifizierte Frauenleiche. Die Liste könnte endlos weitergeführt werden, allein im Januar 2021 waren es 68 ermordete Frauen und Mädchen.

Femizid oder Feminizid?

Die Begriffe Femizid und Feminizid werden oft synonym verwendet, doch es gilt zu unterscheiden: Femizid ist die weibliche Form von Homizid (Tötung eines Menschen). Es wird mit diesem Begriff also explizit das Geschlecht des Opfers benannt. Feminizid hingegen beschreibt nicht nur das Geschlecht der ermordeten Person, sondern weist auch auf die soziale Komponente eines Hassverbrechens hin. Die Frau wurde umgebracht, WEIL sie eine Frau ist. Spezifisch für den Feminizid ist auch, dass diese geschlechtsspezifische Gewalt meistens nicht aufgeklärt wird und die Frauen oft keinen Zugang zu Justiz und Entschädigung haben. Feminizid beschreibt nicht nur die individuelle, sondern auch eine institutionelle Gewalt und ist insofern eine Verletzung des Rechtsstaates.

Im Fall von Guatemala muss man gemäss diesen Definitionen ganz klar von Feminizid sprechen. In den Jahren 2000-2020 wurden in Guatemala 12.450 Fälle von Feminizid gezählt.

Einige Zahlen

Vielleicht ist der Aufschrei in den guatemaltekischen Medien deshalb so laut, weil es im vergangenen Jahr "nur" 494 Frauenmorde gab. Die Grupo de Apoyo Mutuo (GAM) zählte übers Covid-Jahr 2020 gesehen 25% weniger Feminizide als im Vorjahr. "Während der Monate des Lockdowns ging die Anzahl Frauenmorde um bis zu 50% zurück. Als aber ab September die Restriktionen wieder gelockert wurden, stiegen sie sprunghaft an. Der Rückgang hat sicher damit zu tun, dass die Mobilität extrem eingeschränkt war und die Leute zu Hause bleiben mussten. Kein Wunder deshalb, dass während derselben Zeit die Anzahl gemeldeter Fälle von häuslicher Gewalt um 200% zunahm", sagt Karla Campos von der GAM, wobei all diese Zahlen wegen der extrem hohen Dunkelziffer mit Vorsicht zu genießen sind. Viele Frauen machen gar keine Anzeige, sei es aus Angst, weil sie kein Vertrauen in die Institutionen haben, diese nicht in Reichweite liegen oder sie ihre Aussage nicht in ihrer Muttersprache machen können. Oder weil sie von den zuständigen Behörden schlicht nicht ernst genommen werden und ihnen unterschwellig Selbstverschulden vorgeworfen wird. Ebenfalls eine Folge der häuslichen Gewalt während des Lockdowns ist die starke Zunahme von Schwangerschaften bei Minderjährigen: Das Gesundheitsministerium hat im vergangenen Jahr 1.915 Fälle von Schwangerschaften bei unter 14-Jährigen registriert.

Als eine weitere Form von Gewalt gegen Frauen nennt Campos das Verschwinden von Frauen. Dieses sei im Gegensatz zu den Morden während des letzten Jahres nicht zurückgegangen. Klar gibt es die Frauen, die ihre Angst verlieren und aus einer unerträglichen Situation ausbrechen und verschwinden. Aber die Realität ist in den meisten Fällen eine andere: "Es kann sein, dass eine Frau, die als verschwunden gemeldet wurde, später tot aufgefunden wird. Wir gehen aber davon aus, dass auch der Frauenhandel ein wichtiger Grund für das Verschwinden von Frauen ist." Für diese These spricht, dass unter der Regierung von Otto Pérez Molina (2012-2015), der selber in korrupte und mafiose Netzwerke verstrickt war, die Zahl der verschwundenen Frauen frappant zunahm und sogar die der verschwundenen Männer überstieg. Dabei handelt es sich bei der Mehrheit der Verschwundenen um Mädchen und junge Frauen zwischen 12 und 18 Jahren.

Die politische Komponente

Ein Blick in die Statistik der Feminizide der letzten zwanzig Jahre zeigt, dass diese stetig zunehmen und sich seit 2010 auf über 700 pro Jahr eingependelt haben. Im Jahr 2008 wurde zwar vom Kongress das "Gesetz gegen Femizid und andere Formen von Gewalt" verabschiedet, doch allein die Tatsache, dass der Begriff Femizid statt Feminizid verwendet wurde, zeigt, dass das Problem nicht an der Wurzel angepackt werden will.

Und hier liegt die zynische Wahrheit des Zitats von Galeano: Männer haben Angst vor Frauen ohne Angst und nutzen die Gewalt als Mittel, um sie in Angst und somit unter Kontrolle zu halten. Auch die aktuelle Regierung scheinen die jüngsten Fälle wenig zu kümmern, im Gegenteil: sie dienen ihr laut dem Psychologen Marco Antonio Garavito dazu, von anderen politischen Notständen abzulenken. "Das Problem der Gewalt ist in Guatemala historisch, ebenso wie die Situation der Frauen und Kinder. Es ist das Resultat eines sozialen Systems mit einem hohen Grad an Straflosigkeit, dessen Struktur erwachsenenzentrisch, machistisch und autoritär ist."

Die Aufmerksamkeit, die im Moment die Frauen- und Mädchenmorde in den Medien erhalten, sieht Garavito in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Versuch der Regierung und dem "Pakt der Korrupten", wie die herrschende Elite in Guatemala genannt wird, das Verfassungsgericht und den obersten Gerichtshof zu kooptieren. Seit Monaten herrscht ein politisch unappetitliches Gerangel um die Wahl der obersten Richterorgane des Landes. Ziel dieser Operationen ist es, Straflosigkeit nicht nur für die bereits Verurteilten des "Pakt der Korrupten" zu erreichen, sondern auch für viel Politiker*innen, Unternehmer*innen und Militärangehörige, die mit der Korruption liiert sind. "Ich will damit nicht die schwierige Situation der Frauen und Kinder verharmlosen, aber man muss aufpassen, dass sie nicht zur sozialen Ablenkung missbraucht werden. Ich schliesse auch nicht aus, dass einige dieser Morde direkt auf das Konto des Systems gehen. Die Bevölkerung durch Falschinformation und Angst zu manipulieren und zu kontrollieren, war schon immer eine bevorzugte Strategie des Systems in Momenten einer Regierungskrise", sagt Garavito.

Ein Beispiel dafür ist, dass Präsident Alejandro Giamattei (ehemaliger Gefängnisdirektor, unter dessen Ägide 2006 ein Massaker an sieben Insassen des Hochsicherheitsgefängnisses Pavon stattfand) nun die Gunst der Stunde nutzt, um über die Wiedereinführung der Todesstrafe zu sinnieren. Diese wurde in Guatemala seit dem Jahr 2000 nicht mehr angewendet, aber erst 2017 offiziell abgeschafft. Die Stimmung in der Bevölkerung ist vor allem durch die brutalen Morde an den Mädchen genug angeheizt, dass der Vorschlag des Präsidenten nun in einer breiten Öffentlichkeit ernsthaft diskutiert wird.

Am 13.02.2021 demonstrierten Mädchen aller Altersgruppen mit ihren Fahrrädern und forderten Gerechtigkeit für die im Petén ermordete Sharon und andere Opfer von Gewalt.

Es wird noch lange nötig sein, dass die Frauen und Mädchen am 8. März (und jedem anderen Tag des Jahres) auf die Strasse gehen und gegen Gewalt demonstrieren. Nicht zuletzt jährt sich am 8. März zum vierten Mal der Brand in einem staatlichen Kinderheim, bei dem 41 Mädchen starben. Obwohl die Heimleitung und Polizeikräfte als Verantwortliche bekannt sind, blieb dieses Verbrechen bis heute straflos.

Anmerkung der Redaktion: Vgl. verschiedene ältere ¡Fijáte!-Ausgaben zur Thematik, z.B. 470, 484, 542, 546 oder 678. Literatur: Sandford, Victoria (2008). Del Genocidio al Femicidio. Guatemala: F & G Editores.

Erneuter Mord an einer Mutter der Opfer des Kinderheim-Brandes am 8. März 2017

Esquipulas, 22. Februar - Das Kollektiv Ochoa Tijax meldete am Sonntagabend den Fund der Leiche von María Elizabeth Ramírez, der Mutter von Wendy Anai Vividor Ramírez, die am 8. März 2017 bei dem Brand im Kinderheim Virgen de la Asunción ums Leben kam. Sie wohnte in Esquipulas, Chiquimula. Ihre Leiche wies Anzeichen von Gewalt aus. Das Kollektiv gab weiterhin bekannt, dass die Leiche von Maria Ramirez bewacht wird und morgen beerdigt werden soll.

Der Ombudsmann für Menschenrechte, Jordán Rodas Andrade, äußerte sich zum Mord an der Mutter eines der tödlichen Opfer des Brandes im Kinderheim, der sich während der Regierung von Jimmy Morales ereignete.

Er berichtete, dass Ramírez' Leiche am Wochenende in einem bewaldeten Gebiet des Viertels Los Pinos, Esquipulas, Chiquimula, gefunden wurde, gesteinigt und mit Wunden, die durch ein Messer verursacht wurden. Zudem war sie eine der Nebenklägerinnen in dem Verfahren zum Brand in dem Kinderheim gegen die Heimleitung und Verantwortliche des zuständigen Ministeriums.

Der Mord ist nicht der erste: Bereits 2018 wurde Gloria Perez, die Mutter von Iris Yodenis Leon Perez, einem weiteren Opfer des Brandes, ermordet. Angesichts dieser Situation äusserte der Ombudsmann seine Besorgnis über die jüngsten Gewalttaten gegen Mädchen, Jugendliche und Frauen, die zeigten, dass „die Behörden des Innenministeriums und der Staatsanwaltschaft ihre Aufgaben der Prävention, der sorgfältigen Untersuchung und der strafrechtlichen Verfolgung der Täter nicht ausreichend erfüllen“, fügte er hinzu. Er wies auch darauf hin, dass die Morde an Minderjährigen und Frauen benutzt werden, um "Rechtspopulismus" zu fördern, etwa der aktuelle Versuch, die Todesstrafe einzuführen oder der Armee Funktionen der Polizei zu überlassen. „Die Justiz und die Sicherheitsbehörden sind verpflichtet, die uneingeschränkte Achtung der Menschenrechte aller Frauen zu gewährleisten. Sie haben eine hohe Verantwortung, mit allen Mitteln die Voraussetzungen für effektive strafrechtliche Ermittlungen sicherzustellen“, betonte Rodas Andrade.

Empfehlungen

Im Fall von Ramírez empfahl der Menschenrechts-Ombudsmann dem Präsidenten Alejandro Giammattei und dem Innenminister Gendri Reyes, die Unversehrtheit der Überlebenden der Tragödie im Kinderheim sowie die ihrer Familien zu garantieren. Er forderte, dass Generalstaatsanwältin María Consuelo Porras die Ermittlungen zum Brand im Kinderheim und zum Mord an María Elizabeth Ramírez und Gloria Pérez verstärken müsse. Schließlich ermahnte er die staatlich Verantwortlichen, die gebührende Sorgfalt bei den Ermittlungen und der Rechtsprechung in Übereinstimmung mit seinen Verpflichtungen aus dem Interamerikanischen Übereinkommen zur Verhütung, Bestrafung und Beseitigung von Gewalt gegen Frauen (Übereinkommen von Belém do Pará) zu gewährleisten. (La Hora)

Tamaulipas: Mexiko bietet an, die Überführung der guatemaltekischen Opfer zu zahlen

Tamaulipas, 23. Februar - In einer Erklärung im Namen der mexikanischen Regierung bot der Beauftragte des Nationalen Instituts für Migration (INM), Francisco Garduño Yáñez, Guatemala während eines Besuchs guatemaltekischer Abgeordneter an, die Kosten für die Rückführung guatemaltekischer Migrant*innen zu übernehmen, die vor einem Monat in Camargo, Tamaulipas, Mexiko, getötet wurden. Sie erklärten, dass dies geschehen würde, sobald es von der für die Untersuchung zuständigen Generalstaatsanwaltschaft genehmigt werde. Außerdem erklärten sie, dass das INM nach dem Massaker in Tamaulipas acht Beamt*innen von ihren Positionen entfernt habe. (...) Eine Gruppe von Abgeordneten der Nationalen Einheit der Hoffnung (UNE) reiste in das Nachbarland, um dem Massaker nachzugehen, bei dem vor einem Monat 16 Guatemalte*innen starben. (La Hora)

Impfung mit Sputnik V ab März ... und im April Hoffnung auf BionTech-Impfstoff

Guatemala, 24. Februar - Das Gesundheitsministerium (MSPAS) erwartet für die zweite Märzwoche die Ankunft von 4 Millionen Dosen des Impfstoffs Sputnik V gegen Covid-19, während in der zweiten Aprilwoche 7 Millionen Dosen vom Pharmaunternehmen Pfizer eintreffen werden, wovon 5,5 Millionen Guatemalte*innen profitieren werden (*Das wären etwa 30 % aller guatemaltekischen Einwohner*innen, d.Red.*).

Gesundheitsministerin Amelia Flores gab an, dass Guatemala den direkten Kauf mit Sputnik, Pfizer und Johnson & Johnson getätigt habe. Von letzteren werden im April 900.000 Dosen eintreffen. Dieser Impfstoff müsse nur einmal gespritzt werden. Sie wies auch darauf hin, dass der Hersteller von Sputnik 50.000 Dosen spenden werde und dass das Außenministerium über deren Ankunftszeit informieren wird. Flores sagte, dass 5.000 Dosen von Impfstoffen, die von der israelischen Regierung von Moderna Pharmaceuticals gespendet wurden, morgen ins Land kommen könnten.

Jene, die direkten Kontakt mit Covid-19-Patienten haben, werden davon profitieren. Dabei handelt es sich um 2.500 Gesundheitsarbeiter*innen aus den Krankenhäusern Villa Nueva, Roosevelt, San Juan de Dios, Temporal de Quetzaltenango und Parque de la Industria. Auch der stellvertretende Minister, zuständig für Krankenhäuser, Francisco Coma, sagte, dass heute eine Schulung von Moderna geplant sei. Er erwarte, dass die Impfung in Krankenhäusern zeitgleich beginne.

Beschwerde gegen die Panamerikanische Gesundheitsorganisation (OPS)

Was die Impfstoffe von AstraZeneca im Rahmen des Covax-Mechanismus betrifft, gibt Gesundheitsministerin Flores an, dass noch kein Liefertermin von der OPS mitgeteilt wurde. Die OPS fungiere für jene Länder des Globalen Südens, die die Plattform für das u.a. von der Bill & Melinda-Gates-Stiftung finanzierten Institution bilden, als Vermittler. „Zu diesem Zeitpunkt sind noch keine Informationen veröffentlicht worden. Es ist unverantwortlich, so etwas zu tun. Es mag wichtige Gründe geben, aber wir vermissen diese Kommunikation“, sagte sie weiter. Das Präsidialamt und das Außenministerium hätten der OPS kürzlich eine Mitteilung geschickt, in der die "Unzufriedenheit" zum Ausdruck kommt, die sie mit der Bevölkerung teile. Sie glaubt, dass die Verzögerung auf die mangelnde Verfügbarkeit des Impfstoffs weltweit zurückzuführen sei. Der Vertrag wurde im September 2020 unterzeichnet, eine Vorauszahlung von 15 % wurde im Oktober geleistet. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums wird Guatemala insgesamt 18.627.200 Dosen von den Pharmaunternehmen Sputnik, Pfizer, Johnson & Johnson und dem Covax-Mechanismus erhalten (*das wären theoretisch 50 % aller Guatemalte*innen von 0 bis 99 Jahren, d. Red.*) (La Hora)

Der Impfstoff kommt nach Guatemala, ohne dass die Regierung weiss, wie man ihn bekommt

Guatemala, 25. Februar - Eine Krankenschwester des provisorischen Krankenhaus im Parque de la Industria wurde diesen Donnerstag als erste Person in Guatemala gegen COVID-19 geimpft, nachdem 5.000 Dosen des Impfstoffes Moderna aus Israel ins Land gekommen waren. Magdalena Guevara González, eine 46-jährige Krankenschwester mit 11 Jahren Berufserfahrung, erhielt die Impfung in einer öffentlichen Veranstaltung, an der auch der stellvertretende Gesundheitsminister Francisco Coma teilnahm. Etwa zur gleichen Zeit begannen vier weitere Krankenhäuser des Landes – die Krankenhäuser in Quetzaltenango, Roosevelt, San Juan de Dios und Villanueva – ebenfalls mit der Immunisierung ihrer Mitarbeiter an vorderster Front der SARS-CoV-2-Bekämpfung.

Die Impfphase beginnt, nachdem 2.500 - 5.000 Dosen, zwei pro Patient - von Moderna Pharmazeutik, gespendet von Israel, am Donnerstagnachmittag im Land eingetroffen sind. Guevara Gonzalez wurde als erste ausgewählt, um geimpft zu werden, weil sie seit der Gründung des Krankenhauses vor einem Jahr, im März 2020, dort tätig war, als der erste Fall entdeckt wurde. "Es ist ein historischer Tag für unser Land", sagte Krankenhausedirektorin Dania Hernandez, die daran erinnerte, dass "wir seit dem 23. März 2020 dem Ruf des Präsidenten gefolgt sind, um diese Pandemie zu bekämpfen". Laut Hernandez hat das von ihr geleitete Krankenhaus mehr als 7.000 Patienten mit der Krankheit behandelt, und "sehr viele von ihnen konnten zu ihren Familien zurückkehren".

Der stellvertretende Gesundheitsminister sagte, dass im Krankenhaus Parque de la Industria 600 Mitarbeiter*innen geimpft werden. Zusätzlich werden 320 Personen aus dem Krankenhaus in Quetzaltenango den Impfstoff erhalten. Die anderen drei Krankenhäuser werden Zugang zu den restlichen 1.500 gespendeten Impfstoffen haben, die am Donnerstag in einem Flugzeug der guatemaltekischen Luftwaffe nach einem Zwischenstopp in Honduras gegen 12:23 Uhr auf dem internationalen Flughafen La Aurora aus Israel eintrafen. (Plaza Pública, EFE)

Minister, ex-Kandidat und Finanzier von VAMOS in Skandal um falschen Proben verwickelt

Guatemala, 22. Februar - Der ehemalige Generaldirektor des Gesundheitsministeriums (MSPAS) und jetzige stellvertretende Minister für Sport, Ronaldo Estrada Rivera, war Kandidat für den Gemeinderat von Guatemala-Stadt und unterstützte die Regierungspartei finanziell im Wahlkampf 2019. Anomale Geschäftsvorgänge beim MSPAS gehören nicht der Vergangenheit an. In einem Interview für Plaza Pública im Januar sagte Ministerin Amelia Flores, dass das Ministerium im Laufe seiner Geschichte eines der korruptesten innerhalb der Regierung gewesen sei. Ihre Worte gewannen an Kraft, als sie letzte Woche den Kauf von falschen Tests zum Nachweis von COVID-19 anprangerte, so die Korrespondentin der Associated Press, Sonia Pérez.

In dem von der Journalistin vorgelegten Dokument heisst es, dass die Transparenzstelle des Gesundheitsministeriums beschlossen habe, bei der Staatsanwaltschaft (MP) eine Strafanzeige einzureichen, nachdem der Prozess der "Beschaffung von Materialien zur Stärkung der diagnostischen Kapazität der Patienten in den regionalen Krankenhäusern von Zacapa, Huehuetenango und Chimaltenango" untersucht wurde. Aus der Veröffentlichung geht hervor, dass die für den Kauf Verantwortlichen im Ministerium und die in der Ausschreibung siegreichen Firma Papiere gefälscht haben sollen, um die Übergabe des Geldes an die Firma zu beschleunigen. Die Laborant*innen erkannten jedoch, dass die Tests nicht funktionierten.

Laut dem Portal Guatecompras vergab die MSPAS am 8. September 2020 7.350.000 Q (= 766.000 €) an das Unternehmen Kron Científica e Industrial, S. A. für den Kauf von 30.000 Tests zum Nachweis der Krankheit. Der Vorgang wurde durch den damaligen Generaldirektor der Finanzverwaltung des MSPAS, Ronaldo Estrada Rivera, autorisiert, der vom vorherigen Minister Hugo Monroy im Juni 2020 ernannt worden war.

Finanzier, Kandidat und Funktionär der Regierungspartei VAMOS

In nur 14 Monaten der Mitarbeit in der Regierung hat Ronaldo Estrada Rivera drei Posten in drei verschiedenen Institutionen bekleidet. Er ist derzeit stellvertretender Minister für Sport im Ministerium für Kultur und Sport. Er kam im Januar dieses Jahres in diese Position, nachdem er sechs Monate lang, vom 1. Juni bis zum 31. Dezember 2020, allgemeiner Verwaltungs- und Finanzmanager im Gesundheitsministerium war. Laut einer Quelle, die ihn in seiner Position als Manager kannte, war sein Bestreben, stellvertretender Minister in diesem Ressort zu werden, aber Ministerin Flores habe ihn abgelehnt. Dieselbe Quelle sagte, dass Estrada sich damit brüstete, dem ehemaligen Geschäftsführer des nun aufgelösten ‚Regierungszentrums‘, Miguel Martinez, nahe zu stehen. Und er stand der Präsidentschaftskommission nahe, denn bevor er Leiter der MSPAS wurde, war er Berater im Aussenministerium, wo er die Verbindung zu dieser Einrichtung war, wie in seinem Abschlussbericht angab. Seine monatliche Zahlung von Februar bis Mai 2020 betrug 30.000 Q (= 3.126 €).

Im Aussenministerium war er in eben dieser Zeit vom Februar bis Mai 2020 direkter Berater des von Pedro Brolo Vila geleiteten Ministeriums. Brolo Vila war Kandidat der Partei VAMOS für die Bürgermeisterwahl in Guatemala-Stadt im Jahr 2019. Estrada Rivera begleitete ihn im Wahlkampf als Kandidat für den ersten Stadtrat. Ebenso hat der derzeitige stellvertretende Minister für Sport, der wegen Unregelmäßigkeiten im Gesundheitsministerium angeklagt ist, laut den Aufzeichnungen des Obersten Wahlgerichts (TSE) im Jahr 2019 mit Geldspenden zur VAMOS-Wahlkampagne beigetragen. Zumindest im Bericht vom Juli dieses Jahres berichtete die Regierungspartei, dass Estrada 6.486 Q (= 676 €) in bar an die Partei gespendet habe.

Kron steigerte Umsatz in kurzer Zeit

Die von der Ministerin Amelia Flores eingelegte Beschwerde ist von der Staatsanwaltschaft gegen Korruption indes angenommen worden. In der Untersuchung werden Estrada Rivera sowie Vertreter*innen von Kron Científica e Industrial, S. A. als Täter des mutmasslichen Betrugsfalls angeführt. Gegen das Unternehmen gibt es nun auch eine Anklage in Form einer Erklärung, die von der Firma, die die Tests in den USA herstellt, veröffentlicht wurde. Gestern hat Attila BioSystems, der Lieferant der COVID-19 Tests, eine Mitteilung herausgegeben, in der sie sich von der guatemaltekischen Firma trennt und erklärt, dass sie die in der Beschwerde genannte Testmenge nicht verteilt habe.

Die Beziehung zwischen dem guatemaltekischen Unternehmen und dem US-Hersteller begann am 1. Juni 2020, als sie 12 Kits mit 1.200 Tests erwarben. Im Januar dieses Jahres wurde Attila im Rahmen einer Untersuchung kontaktiert, nachdem fehlerhafte Tests entdeckt wurden. „Laut dem von der guatemaltekischen Regierung zur Verfügung gestellten Bild stimmen weder die Marke noch die Farbe der Reagenzröhrchen mit der Chargennummer COVID 202000423 (Chargencode, der letztes Jahr verschickt wurde) überein, das Attila zur Authentifizierung der iAMP-Kits verwendet“, heißt es in der Erklärung. Das US-Unternehmen kommt zu dem Schluss, dass Kron Scientific seinen Namen für diesen Betrug benutzt hat.

Seit Beginn der Amtszeit von Alejandro Giammattei hat das MSPAS zwischen Februar 2020 und Januar 2021 25 Ausschreibungen für 16.050.429 Q (= 1.672.460 €) an Kron Científica vergeben. Vierundneunzig Prozent der eingeholten Angebote fielen unter das Dekret 5-2020 zur Bewältigung des COVID-19 Notstandes, das eine schnellere Beschaffung ohne Ausschreibung ermöglicht. Das Datum, an dem die Beziehung zwischen dem guatemaltekischen Unternehmen und Attila begann (1. Juni 2020), fällt mit dem Tag zusammen, an dem Estrada sein Amt als Leiter der allgemeinen Finanzverwaltung bei MSPAS antrat. Die meisten Auszeichnungen für das Unternehmen im Rahmen des Notstandes und anderer Modalitäten fallen in seine Zeit als Finanzverwaltungschefs im MSPAS zwischen Juni und Dezember.

Laut Julia Barrera, Sprecherin des MSPAS, wurden die Tests nie an Patient*innen angewendet, da die Anomalien rechtzeitig bemerkt wurden, als die Zuständigen die Kits öffneten. Es sei bei der Öffnung der Kits festgestellt worden, „dass sie keine Gebrauchsanweisung enthielten und deren Kennzeichnung falsch war. Sie unterschieden sich sehr von den üblichen Kits dieser Art, weshalb wir intern einen Verifizierungsprozess mit Positiv- und Negativkontrollen anderer Kits der gleichen Marke durchführten. (...) Es wurde keine Replikation in den Chargenkontrollen oder in den Proben erzielt. Ausserdem stimmt die Aufmachung der Reagenzien für die Herstellung des Mastermixes in Proportion, Verpackung und Beschriftung nicht mit den vorherigen Chargen überein und dem Kit lag keine Anleitung bei“, so Barrera.

In Bezug auf die Verbindung mit Präsident Alejandro Giammattei beschränkte sich das Sekretariat für soziale Kommunikation des Präsidentschaftsamtes auf die Aussage, dass es die juristischen Prozesse und das Recht auf die Unschuldsvermutung respektiere. Plaza Pública konsultierte den Sprecher der Präsidentschaftskommission, Rodolfo Flores, aber obwohl er andeutete, dass er den Leiter der Institution, Óscar Dávila, befragen würde, berichtete er am Ende des Nachmittags, dass er keine Antwort von Dávila erhalten habe. Es wurde auch versucht, den Minister für Kultur, Felipe Aguilar, zu kontaktieren, aber er antwortete nicht auf Anrufe. In Erklärungen gegenüber der Zeitung La Hora schloss sich Aguilar den Aussagen des Präsidenten an und sagte, dass er den juristischen Prozess respektiere, aber im Moment werde er den stellvertretenden Minister Estrada Rivera nicht entlassen. (*Plaza Pública*)

Freispruch im Fall des Genozids an den Ixil rechtskräftig

Nebaj, 25. Februar - Am Nachmittag des 24. Februar verkündete die Berufungskammer eine schriftliche Entscheidung, die Berufung zur Aufhebung des Urteils, das Rodriguez Sanchez im Jahr 2018 erhielt, nicht anzunehmen. Es handelte sich um eine Petition der Staatsanwaltschaft (MP), der Kläger und der Anwälte der Opfer des Völkermordes an den Ixil gegen das Urteil, das General José Mauricio Rodríguez Sánchez von der Anklage des Völkermordes und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit freisprach. Die Entscheidung der Berufungskammer wurde im Gerichtsturm der Hauptstadt um 15:00 Uhr verkündet, gleichzeitig versammelten sich mehrere Personen aus den Verbänden der Opfer und Überlebenden vor dem Obersten Gerichtshof (CSJ), auf der Plaza der Menschenrechte, um den Ausgang der Berufung abzuwarten.

Mit der Entscheidung wird das Militär vorerst ohne Verurteilung davonkommen. Die Anwälte der Opfer drückten aus, dass sie mehrere Mittel ausschöpfen müssen, um die Entscheidung des Gerichts rückgängig zu machen. Der Anwalt der Vereinigung Gerechtigkeit und Versöhnung (AJR), Santiago Choc, sagte, dass sie nun Widerspruch einlegen müssen, um das Urteil des Gerichts aufzuheben. Für CALDH-Anwalt Francisco Vivar bestätigt die Berufungskammer das Urteil aus dem Jahr 2018, in dem der Leiter des militärischen Geheimdienstes, bekannt als G2, freigesprochen und der Antrag der Opfer, dieses Urteil zu kippen, abgelehnt wurde. Antonio Caba, ein Überlebender des Genozids und Mitglied der AJR, sagte, dass es um die Straflosigkeit derjenigen ginge, die diese Verbrechen begangen haben, und dass das Justizsystem in Guatemala leider versuche, diese Straflosigkeit zu schützen. „Die Justiz wendet sich von den Opfern des Krieges ab“, sagte er.

Im Jahr 2018 sprachen drei Richter*innen General José Mauricio Rodríguez Sánchez von jeder Verantwortung frei. Er wurde wegen seiner Beteiligung am Kommando des militärischen Geheimdienstes (G2) zwischen 1982 und 1983 unter dem Kommando von General José Efraín Ríos Montt angeklagt. (Prensa Comunitaria)

Nebaj: Gedenken an die Opfer des Krieges in der Region Ixil

Nebaj, 24. Februar - Opfer- und Menschenrechtsorganisationen sowie die Koordination der Organisationen der Zivilgesellschaft und der indigenen Gemeinden der Region Ixil in Quiché führten im Vorfeld des Nationalen Tages zur Würdigung der Opfer des bewaffneten Konflikts, der in Guatemala jedes Jahr am 25. Februar begangen wird, verschiedene Aktivitäten zum Gedenken und zur Würdigung des Andenkens der Opfer durch.

Die Vertreter*innen der Organisationen trafen sich am Dienstag, den 23. Februar in der Mehrzweckhalle der Gemeinde Nebaj, um den Frauen, Männern, Alten, Mädchen und Jungen, die den Krieg überlebt haben, zu gedenken und so die Erinnerung an die Taten, die die Armee bei den Massakern, außergerichtlichen Hinrichtungen, dem Verschwindenlassen und den sexuellen Übergriffen an der Ixil-Bevölkerung begangen hat, zu bewahren. (Prensa Comunitaria)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>
www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel
c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnent: 100 €
Abo in der Schweiz: Jahresabonnent 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6